

Saale-Beitung.

Zweilundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen

weder die Spaltenzahl oder deren Raum mit 30 Pf., welche aus Halle mit 20 Pf. bezahlt sind...

Erhalten wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

Redaktion und Haupt-Expediti- on: Halle, Gr. Braunschweig 17; Anzeigen-Expediti- on: Gr. Ulrich- straße 63, I; Telefon Nr. 590 u. 591.

Nr. 99.

Halle a. S., Freitag, den 28. Februar

1908.

Die Zündholzsteuer.

Welchen Weg der neue Herr des Reichsschatzamt es einschlagen wird, um dem chronischen Reichsdefizit mit Erfolg zu Leibe zu rücken, weiß noch niemand...

Von den Reichsteuern, die uns das Jahr 1906 befehrt hat, ist der Personenfahrertempel diejenige, die im Publikum die größte Unzufriedenheit hervorgerufen...

Die Petitionskommission des Reichstages hat darauf verzichtet, sich mit dieser Vorklage näher zu befassen, vielmehr einstimmig beschlossen, dem Kabinet ihre Überweisung an den Reichsanwalt als Material zu empfehlen...

die wohlhabenden Kreise, einem nicht sehr günstig gestellten Industriezweig die Existenz erschweren und damit einen weiteren Fortschritt auf einem feldern schon beschränkten...

Zum Kultusetat.

Aus den Neben, die im preussischen Abgeordnetenhaus zum Kultusetat gehalten worden sind, geben wir hier nachfolgend die Ausführungen des nationalliberalen Abgeordneten, Luftarzt Dr. Keil-Halle, nach dem amtlichen stenogramm wieder.

Meine Herren, ich möchte, wie es der Herr Vorredner heute und die Herren Kollegen Dr. Ruegenberg, Lübbe und Marx am Sonnabend getan haben, dem Herrn Minister die Wünsche der Kreisärzte ebenfalls warm empfehlen.

in eine vollbesoldete umgewandelt wird. Wir haben aber in Halle zwei Kreisärzte, und was dort erneut recht ist, das ist dem andern hinsichtlich billig; denn die Verhältnisse liegen bei beiden vollständig konform.

Feuilleton.

Die Forschungsreise einer Frau durch Labrador.

Mrs. Leonidas Hubbard, die Gattin des süßen Forschungsreisenden, der im Oktober 1903 im innersten Teil von Labrador auf einer von Unglücksfällen aller Art begleiteten Expedition in traugrieger Weise sein Ende fand...

glücklich von statten, die Stromschnellen wurden dank der Kunst der erfahrenen Bootführer glücklich überwunden, aber je weiter es den Fluss hinauf ging, desto langsamer kam man vorwärts...

bis 7 Stunden gebraucht. Der Kreisarzt für den Saalkreis hat im Jahre 1907 schon 3500 Journalnummern gehabt, und er muß mit einer Berechnung für das laufende Jahr rechnen...

In der Abend Sitzung desjenigen Tages erklärte Herr Luftarzt Dr. Keil: Meine Herren, es ist die Frage der Wiederbesetzung der einzigen

orthopädischen Professur

die wir bisher in Preußen gehabt haben, über die ich den Herrn Minister kurz interpellieren möchte. Bekanntlich ist unlängst der hochverehrte Professor Hoffa verstorben, viel zu früh für seine Patienten, für seine Schüler und nicht zuletzt für seine Wissenschaft.

mein berühmter Hallenser Landsmann Richard Volkmann stets herzlich anerkannt hat. Dieser Entwidung der Dinge gegenüber scheint es nicht angängig, die Orthopädie wieder zu einem Nebenfach der allgemeinen Chirurgie herabzu- stufen...

Vertical text on the left margin containing various numbers and small fragments of text.

drücken; es ist nicht ausreichend, etwa bei der höchsten Stimmzahl die Mehrheit der Chartisten eine orthopädische Abstellung zu errichten und jüngerer Herren zu unterstellen, die doch nicht dauernd in diesen Stellungen bleiben können. Es ist nach meiner Auffassung durchaus notwendig, den höchsten verwaltenden Beamtenschaft wieder mit einer erfahrenen Kraft zu versehen. (Sehr richtig!) Gefährde das nicht, so würde Preußen überflüssig werden von außerordentlichen Staaten — ich erinnere an Italien und Amerika — aber auch von anderen deutschen Bundesstaaten. In Preußen hat man längst eine demartige Professur, ebenso in München, und Bayern gibt auch demartige, auf seinen anderen beiden Landesuniversitäten Professuren für Orthopädie einzurichten. Allen diesen Einrichtungen gegenüber habe ich es für durchaus unangebracht, wenn die kaiserliche Staatsregierung dem angebotenen Punkte der höchsten medizinischen Fakultät misstrauen wollte. (Bravo!) Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen führte Herr Dr. K. i. A. noch folgende aus: Herr Hallenier können dem Herrn Ministerialdirektor dankbar sein für die entgegenkommende Erklärung; aber wir wollen erst einmal sehen, was aus den Zusicherungen in Wirklichkeit wird. Von der

Inhalt für die Zukunft

hat der Herr Ministerialdirektor nicht gesprochen, und doch soll nach einer mit anzuordnenden Mitteilung aus Halle das Bestehen dieses Institutes schon seit mehreren Jahren dem betreffenden Dozenten fest versprochen worden sein. Ich möchte weiter den sämtlichen Ausführungen des Herrn von Erffa durchaus beitreten. Die Sache hat eine prinzipielle Bedeutung. Wir kommen bei der einseitigen Bevorzugung von Berlin zu Aufständen, wie sie in Frankreich herrschen, wo Paris die Provinz meist überflüssig. Es wird alles nach Berlin gezogen, die Provinz nur taffächlich herunter leben. (Bravo!) Da Herr Hallenier es ist natürlich, ob wenn der Herr Ministerialdirektor sich noch weiter beehren will — es ist natürlich, wenn auch die kaiserliche Regierung in Preußen von Berlin nach Halle — dann möchte ich ihm noch ein paar kleine Wünsche mit auf den Weg geben. Es ist für die juristische Fakultät erwünscht, die Schaffung einer

Bestreffe für Kolonialrecht

Eine solche ist bisher auch nur für Berlin in Aussicht genommen. Man soll die nicht in der Provinz auch geschaffen werden bei der ersten juristischen Fakultät, die Halle hat? Dann bedarf dringend einer Förderung das

Zahnärztliche Fakultät

Der Dozent für Zahnheilkunde hat erbeten eine Verdoppelung des bisherigen jährlichen Zulusses von 1800 auf 2400, und eine einmalige Befristung von 5470 auf 6000 als dringend ermittelte Bedürfnisse. Diese Wünsche hat nicht nur die Fakultät, sondern auch die Universitätverwaltung als sehr rechtlich anerkannt. Was hat er bekommen? Nur 5000, ein einmaliger Zulufuß! (Sehr richtig!) Es fehlt in erster Linie an den notwendigen Lokalitäten. Dabei befindet sich die technische Abteilung noch in Klümmen, die der Dozent für sein eigenes Geld amietet hat. Als Direktor der zahnärztlichen Fakultät ist er in der Zeit seiner dortigen Wirksamkeit — er ist 12 Jahre da — die Zahl der Studierenden von 7 auf 40 erhöht und die Zahl der jährlichen Patienten der Klinik von 900 auf 10 000 bis 12 000. Diese Zahlen sprechen doch dafür, daß diesem Institute eine erhöhte Bedeutung zugewendet werden muß, und dort ein Extraordinariat einrichtet werden muß, ein Wunsch, den auch die dortige Fakultät bereitwillig unterstützt hat. Ich möchte die Wünsche dem Herrn Ministerialdirektor für seine nächste Reise nach Halle mit auf den Weg geben. (Bravo!)

Deutsches Reich.

Holz- und Personalnachrichten.

Der Kaiser erwählt am Mittwoch mittags den früheren Staatssekretär des Reichshofrates Herrn v. Stengel und sprach gestern morgen beim Staatskanzler des auswärtigen Amtes und nachher beim Reichskanzler vor.

Der Kaiser beim Frankfurter Turnfeste.

Der Kaiser wird, laut „Frankf. Ztg.“, während einiger Tage des Monats Juli zu dem Turnfeste nach Frankfurt kommen.

Die Entgeltungsverträge.

Das Herrenhaus nahm mit 143 gegen 111 Stimmen den Antrag Bieders, Wiederherstellung der Diktatorverträge in der Fassung des Abgeordnetenhauses und vernachlässigt die ganze Vorlage an.

Die zweite bayerische Kammer

trat gestern wieder zusammen und nahm den Gesetzentwurf betreffend die Ruhegehaltsverhältnisse und die Verlegung der Sinterbliesen der in dem bayerisch-preussischen Gemeinschaftsdienst angestellten Staatsseifenbahnbeamten an. Finanzminister Gnaulth kam nochmals auf die Verhandlungen vom 12. Januar zurück und erklärte, der unfreundliche Ton, der schon öfters in diesem Hause gegenüber dem Gemeinschaftsverhältnis geherrscht habe, sei an dem gemeinsamen Tage zu einer solchen Schärfe angewachsen und habe zu so heftigen Angriffen gegen Preußen und die Staatsregierung geführt, daß er, Redner, die Verantwortung für die bis daraus ergebenden Konsequenzen abweisen müsse. Im Namen der Regierung müsse er die über jedes Wahl hinausgehende Kritik eines mit einer befreundeten Regierung abgeschlossenen Vertrages und die vermeintlichen Angriffe gegen die Staatsregierung auf das nachdrücklichste zurückweisen.

Die Württembergische Kommission des Reichstages

beriet gestern den § 32. Er wird in folgender Fassung angenommen: „Zurück an die Kommission zu übergeben, das gegen ein derartiges Gesetz über den Bundesrat erlassenes Verbot verhängt, wird eine Verbindlichkeit nicht herbeigeführt. Das vor, bei oder nach der Abwicklung des Geschäftes Gesellschaften kann innerhalb einer Frist von drei Jahren zurückgefordert werden. Die Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, in welchem dem einen Teile eine schriftliche Mitteilung des anderen Teiles über die Art und das Ergebnis der Abwicklung des Geschäftes zugegangen ist. Nach Ablauf dieser Frist kann das Gesellschaft nicht deshalb zurückgefordert werden, wenn eine Verbindlichkeit nach § 31 nicht bestanden hat. — Diese Vorschriften gelten auch für eine Vereinbarung, durch die der eine Teil zum Zweck der Erfüllung einer Schuld aus einem Verbindungsgegenstand der im § 1 bezeichneten Art dem anderen Teil gegenüber eine Verbindlichkeit eingibt, insbesondere für ein Schuldanerkenntnis sowie für die Bestellung einer Sicherheit. Sie

finden auch Anwendung auf die Erteilung und Uebernahme von Aufträgen sowie auf die Vereingung zum Zwecke des Aufschlusses von Brückenverbindungen der im Absatz 1 bezeichneten Art.“ Weiterberatung Dienstag.

Die Budgetkommission des Reichstages

beendete gestern die Generaldebatte über den Etat für Ostafrika. In der Spezialdebatte bestritt der Abg. Dr. Arendt (Rp.) den vom Abg. v. Liebert gestellten Antrag auf Erhöhung der Hüttensteuer von 1,8 Millionen auf 2,2 Millionen Mark. Staatssekretär Dernburg widerspricht der Erhöhung des Steuerzinses. Abg. Dr. Wiemer (freif. Rp.) spricht sich für die Erhöhung der Steuererinnahme auf zwei Millionen Mark aus. Nach weiterer Debatte wird die Erhöhung des Steuerzinses auf 2 Millionen angenommen.

Eine französische Spezialmission in Berlin.

Die französische Sonderdelegation des Präsidenten Jaffares an den Deutschen Kaiser ist gestern unter der Führung des Majors Mouché und des Unterstaatssekretärs im Kolonialministerium Duchêne in Berlin eingetroffen und hat im „Hotel Kaiserhof“ Wohnung genommen. Die Sonderdelegation, der noch die Herren Bruland und Michel vom Kolonialministerium und der Hauptmann Cottes angehören, hat dem „S. L.“ zufolge die Aufgabe, die endgültige Kartierung der Grenzregulierungsverträge bezüglich der Kongo- und Kamerun-Grenzen herbeizuführen, nachdem die Verhandlungen zwischen den von der deutschen und der französischen Regierung eingesetzten Kommissionen eine vollständige Uebereinstimmung erweisen haben. Vor seiner Abreise aus Paris wurde Kommandant Mouché zum Präsidenten der Republik befohlen. In Berlin finden die Sitzungen im Kriegsministerium statt. Am Ende der Beratungen oder schon in den nächsten Tagen wird die Generaldebatte vom Kaiser in fetterlicher Audienz im Schloß empfangen werden. Der Aufenthalt der französischen Mission in der deutschen Hauptstadt wird sich voraussichtlich über mehrere Wochen erstrecken.

Bertragung der Finanzreform.

Der Berliner Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ erklärt die Annahme als unrichtig, daß Reichsfinanzsekretär Sydow oder Reichsfinanzrat Billow in nächster Zeit noch mit neuen Steuern herortreten wollen. Sydow bereite vielmehr die von der Mehrheit des Reichstages verlangte umfassende Steuerreform vor, die sich hauptsächlich auf Tabak, Branntwein, Viehsteuern und auf die Erhöhung der Biersteuer und auf den Ausbau der Erbschaftsteuer stützen soll. Näheres darüber steht noch nicht fest. Der Plan werde erst im Laufe des Sommers Gestalt gewinnen, die Steuerreform soll dann im Herbst die Hauptaufgabe des Reichstages werden.

Allgemeine Mitteilungen.

— In der St. Nicolai-Kirche in Kiel wurde gestern nachmittags für den verstorbenen Wirkl. Geheimen Rat Professor Dr. v. Eschmarck eine Trauerfeier abgehalten.

— Die ostpreussische Regierung hat sich mit der Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht einverstanden erklärt.

Der Bundesrat hat gestern die Zivilprovisionelle, die in der Hauptlage eine Beschleunigung des untergerichtlichen Verfahrens bringen soll, genehmigt.

See- und Flotte.

„Fürst Bismarck“ mit dem Chef des Kreuzergeschwaders und „Globe“ am 25. Februar in Valparaiso (Chile) eingetroffen. „Globe“ ist am 26. Februar von dort in See gegangen. „Fürst Bismarck“ geht am 28. Februar in See.

Deutscher Reichstag.

110. Sitzung vom 27. Februar.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Gewerbeordnungs-Novelle, betreffend den

Keinen Befähigungsnachweis.

Staatssekretär v. Weichmann-Hollweg: Die vorliegende Novelle ist keine neue Arbeit. Es wird mit der Einführung des kleinen Befähigungsnachweises ein langgehegter Wunsch des Handwerkers und seiner Freunde erfüllt. Ich bitte, diese Materie, die einen völlig einheitlichen und nach außen abgegrenzten Gegenstand behandelt, nicht mit anderen Fragen zu vermischt, so wichtig und bedeutsam diese anderen Fragen zu sein mögen. Daß eine große Reihe von Wünschen des Handwerkers bei der Einführung der neuen, haben die wiederholten Besprechungen in diesem hohen Hause auch in der laufenden Session dargelegt. Aber ich glaube, die Freunde des Handwerkers auf diesem den größten Fehler, wenn sie eine Materie, wie die vorliegende, die als Spruchfeld ich wohl bezeichnen darf, verabschieden, ohne sie mit anderen Fragen zu verquicken. Die Tendenz des vorliegenden Gesetzentwurfes ist einfach und klar, sie stellt den Grundhieb an, daß nur der Lehren soll, der selbst gelernt hat und dies nachweisen kann. Wenn die Vorlage für den Nachweis des eigenen Lernens denjenigen Befähigungsnachweis vorzieht, den die Gewerbeordnung überhaupt als den regelmäßigen aufstellt, so scheint mir dies die von selbst gegebene und natürliche Konstruktion zu sein. Ich hege die Hoffnung, daß diejenigen Bestimmungen des Entwurfes, die solche Fälle regeln, wo der Bildungsgang von der Regel abgewichen ist, den tatsächlichen Bedürfnissen genügend Rechnung tragen. Mit gütlicheren Beiträgen hat diese ganze Frage nichts zu tun, sie liegt lediglich auf ergründetem Gebiete. Ich bin der Ansicht, daß an der Heranbildung eines guten Nachweises die Allgemeinheit ein ebenso großes Interesse hat, wie der Handwerker selbst. Die Einwürfe, die man bei der Richtigstellung hat, daß der vorgeschriebene Lehrgang doch keine sichere Garantie für die Ausbildung des späteren Lehrherrn biete, diese Einwürfe haben nach meiner Ansicht doch nur gegen die Befähigung, wie die Einwürfe gegen einen bestimmten Studiengang auf irgend welchem sonstigen Gebiete. (Sehr richtig!) Absolute Sicherheit kann auf diese Weise nirgends gewährleistet werden. Aber für die große Mehrheit der Fälle wird doch eine Sicherheit geschaffen, welche gegenüber dem gegenwärtigen Zustand einen Fortschritt bedeutet. Durch den kleinen Befähigungsnachweis wird auch eine weitere Hebung und Kräftigung des Ständebewußtseins für das Handwerk erreicht, nicht in gütlicherem oder teilentartem Sinne, sondern in gesundem Sinne. Auf Einzelheiten brauche ich nicht einzugehen. Wir hoffen, daß diese Vorlage, die allgemeine politische Gegensätze nicht berühren dürfte, in diesem hohen Hause eine freundliche und unterstützende Aufnahme finden möge. (Beifall.)

Abg. Matlewski (kon.): Wir folgen dem Staatssekretär und wollen die Vorlage nicht in Gefahr bringen. Wir können jedoch seiner Worte unterliegen und hoffen, daß in Zukunft eine umfassende Regelung noch nachfolgt. Die Kommission wird die Wünsche des Handwerkers- und Gewerbeständes aber eingehend zu prüfen haben, insbesondere bezüglich der Einführung

der obligatorischen Gesellenprüfung, und dann der Erweiterung der Autokratie der Handwerkestämmer. Der Redner schließt unter anderem wieder wie in alter Zeit ihre Ehre dem eigenen Stande zugewandt.

Abg. Euler (Ztr.) hebt gegenüber Versicherungen des Redners, die sich gegen die Nationalvereine richteten, das Bedenken des Abg. Bessermann als Vorsitzender der Reichs-Kommission von 1905 hervor. (Beifall links.) Er spricht in ähnlichem Sinne wie der Vortrager und empfiehlt die Rückkehr der Kölner Handwerkestämmer für die Ausbildung des Lehrlings bei der Meister zur Nachahmung. Das Handwerk habe seinen goldenen Boden noch nicht verloren.

Abg. Vint (nl.): Seit Jahren ist die nationalliberale Partei für den kleinen Befähigungsnachweis eingetreten; vorher war wohl der Handwert selbst nicht einig. Ein Mittelteil ist bei kleiner Befähigungsnachweis seitlich nicht. Aber die Erkenntnis der Unzulänglichkeit der Rüdungs hat zur Folge, daß die Erkenntnis der Zeit für das Handwerk vorüber ist. Der Redner wendet sich gegen weitergehende Forderungen aus Handwerkreisen, insbesondere gegen die obligatorische Gesellenprüfung und dagegen, die Befähigung der höheren Verwaltungsbefähigung zur Erteilung des Befähigungsnachweises in die Zustimmung der Handwerkestämmer zu binden. Den allgemeinen Befähigungsnachweis lehnen seine Freunde nach wie vor ab. Gründliche Fortbildung ist das beste Mittel gegen die Konkurrenz. (Beifall links.)

Abg. Albrecht (Soz.): Wir lehnen die Vorlage ab, nicht weil wir Feinde des Handwerkes wären und darauf warten, daß es zu Grunde geht und die Handwerker dann zu uns kommen, sondern weil der Befähigungsnachweis das nicht bringt, was die Herren erwarten. Wir wollen das Handwerk nicht zu Grunde richten. Wir sind ja selbst zum großen Teil Handwerker. (Beifall links.) Der Vortrager meiner Fraktionsgenossen sind Handwerker. (Schloßter Wiederpruch rechts. Zuruf: Einmal nachher!) Ich will Ihnen sagen, warum wir es nicht mehr sind. Der kleine Handwerker muß heute drei Grundforderungen erfüllen, einem patriotischen Klimbimere angehören (Heiterkeit), einem kleinen Mannes haben und auf Kommando Hurra schreien. (Beifall links.) Das ist der beste Befähigungsnachweis für den kleinen Handwerker in der heutigen Gesellschaft. Bei einem Sozialdemokraten fällt kein Angehöriger einer bürgerlichen Partei arbeiten, die meisten selbst bei einem Freiwirtschaftler nicht. Heute in der Weltzeit kann ein Handwerker niemals noch rüstern, überdies zu sein; freilich, in den Gefilden der Welt, wo Herr Matlewski wohnt, auch nicht. (Matlewski: Da möchte ich ja gar nicht! Großer Heiterkeit.) Der Grobberier macht den Kleinberier erstens unzulänglich. Über heute ist der Handwerker viel mehr als früher in der Zukunft. Als ich noch in Barmen war, war ich bei manchen Meistern, von dem ich nichts lernen konnte, aber von mir ein Bild gelernt hat. (Großer Gelächter.)

Abg. Castens (Ztr. Sp.): Die Mehrheit meiner politischen Freunde wird für die Vorlage stimmen, aber aus anderen Gründen als die Rechte und das Zentrum. Unser Leitmotiv ist lediglich: bessere Befähigungsausbildung; würden wir in der Vorlage den ersten Schritt zum allgemeinen Befähigungsnachweis sehen, so würden wir sagen: principis obsta!

Abg. Vint (Rp.): Wir treten uns über die Handlung an der Zeit. Ein Handwerker und Handwerker, das ist wie Wissen und Feuer, für den allgemeinen Befähigungsnachweis haben wir uns nicht feilscht, aber zum mindesten ist er distinkte. Solche Matlewski helfen auf die Dauer nicht.

Abg. Felsberg (Bischof. Ztg.) spricht im Sinne von Matlewski und Euler.

Direktor im Reichsamt des Innern Caspar beantwortet ein Anfrage des Abg. Matlewski dahin, daß ein Gesetzentwurf zur Schaffung einer Instanz für die Abgrenzung von Fabrik und Handwerk nicht in Vorbereitung sei.

Abg. Krieger (Soz.) behandelt auch diese Vorlage nach dem Gesichtspunkt der Polentrage. Er befürwortet Entlohnung des politischen Handwerkers.

Abg. Wieland (D. Sp.) ist für den kleinen Befähigungsnachweis, stellt aber den großen als Handwerker entziehen ab. (Schloßter Beifall links.)

Am der Debatte beteiligten sich noch Bruhn (Rp.), Lehmann (Soz.) und Althorn (Ztr. Sp.).

Hierauf vertagt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr. Schluß 6¼ Uhr.

Preussischer Landtag.

Serenhaus.

Nach Erledigung verschiedener Formalitäten legte das Serenus die Fragen abgeordnete Debatte über das Entgeltungsgesetz heute fort. Erster Redner ist

Graf Dreyerhoff: Ich spreche nur für meine Person; aber ich halte es für meine Pflicht, als Oberbürger und Bewohner der Diktator meine Meinung über dieses Gesetz zu sagen. Die Regierung beruft sich auf seine Begründung zunächst auf die Demoralisation des Gütermarktes. Aber als vor einigen Jahren der preussische Handelsminister im anderen Hause erklärte, daß für den Grundbesitz des öffentlichen Wohles die „Siberia“ für den Staat erwerben sollte, da wurde der Augenmarkt in genau derselben Weise demoralisiert, und die Regierung griff nicht mit 60 Proq. in die Höhe getrieben wurden und schließlich auf 10 bis 15 Proq. herabgedrückt. Die nationalliberale Abg. Schiffer, die Aktienbesitzer hingen an dem Boden ihrer Kohlengruben nicht nur mit ihrem Kapital, sondern auch mit ihrem Herzen. (Beifall links.) Die Demoralisation des Gütermarktes kann also die Moral der Entgeltungsvorlage nicht begründen. Der zweite Grund im Kommissionsbericht ist das Ansehen des deutschen Ansehens. Ich glaube nicht, daß das als Grund für die Entgeltungsgesetz gilt. Denn dann wäre es Zinnismus, wegen der größeren Nachfrage nach Land die Polen dann auszuweisen. Zum Lande drängt, am Lande hängt doch alles! Der dritte Grund ist das Ansehen der deutschen Bevölkerung. Wer selbst man die Entgeltungsvorlage wirklich damit motivieren, daß die Deutschen nicht länger unter dem Schatten der Ansehenskommission wohnen wollen? Der letzte Grund im Kommissionsbericht des Volentums. Fürst v. Bismarck hat allen Einwendungen gegen das Entgeltungsgesetz die Frage entgegen: Weißt du ein anderes Mittel? Die Frage ist wirksam, und ich kann es verstehen, die die Regierung denken, der die Schritte nicht mitmacht, die die Regierung jetzt mit hoppelter Seite ins Dunkel tut, als unpolitisch erachtet. Aber bevor wir diese Frage beantworten, müßte der demokratische Redner gestellt werden, der über den Diktator lagert, würde die Diktatorinstanz erst

werden. Deshalb möchte ich den Ministerpräsidenten bitten, die Lösung des dringenden, großen Problems der Polenpolitik auf parlamentarischer Konferenz einzubringen. Jetzt würden wir getrennt bei den einzelnen Gattis die Schicksalfragen, die die polenbewohnenden und die Polenbewohnenden der Polen. Eine allgemeine eingehende Behandlung in einer solchen Konferenz, die sich der letzten Kommission in England oder der Vorlesung hätte, würde uns freimachen von dem Krebs und dem gegenwärtigen

Hg. Nielsen (Däne) bepricht die Verhältnisse in Nordschleswig. Die hiesigen Schleswiger würden von den Preußen freigesetzt.

Ausland.

Die türkischen Blätter melden, daß die Flotte beschossen habe, mit verschiedenen weit entfernten Orten des Reiches, besonders am Persischen Golf, in Hedchas und Yemen eine Verbindung durch drahtlose Telegraphie einzurichten.

Halle und Umgegend.

Ueber stiefmütterliche Behandlung unserer Universität in preussischen Etat klagte, wie schon kurz mitgeteilt, der Abg. Hr. v. Criffa. Er führte nach dem amtlichen Stenogramm u. a. folgendes aus:

Ganz besonders stiefmütterlich ist in diesem Etat Halle behandelt worden, und zwar alle Fakultäten; die Medizin haben Kliniken, die sie wünschen, nicht erhalten. Die naturhistorische Fakultät hat Spätstunde nicht erhalten.

Literarische Gesellschaft. Montag findet kein Vortragabend statt; für diesen Abend in Aussicht genommene Redner Herr Dr. Carl Busje hat bereits im November gesprochen, in welchem Monate 3 Vortragabend angelegt waren.

Naturwissenschaft und Christentum. Ueber dieses Thema wird Herr Privatdozent Dr. Dr. Heim am Sonntag, abends 8 Uhr, in der Aula des Gymnasiums eine Vorlesung halten.

Wohlfahrtslotterie. Der zweite Hauptgewinn im Betrage von 50 000 M. fiel auf Nr. 125 057.

Provinzial-Nachrichten.

Die Wertzuwachssteuer.

Leipzig, 27. Febr. Die Abstimmung des Stadtverordnetenkollegiums über die Steuerordnungen ergab die Annahme des Dispositives über die Erhebung von Gemeindefiscalsteuern beim Umzug von Grundstücken in der Stadt Leipzig (Wohnungszugssteuer und Wertzuwachssteuer).

Lobersleben, 27. Febr. (Eine Wundergans) heißt der Arbeiter Hermann Elberher. Sie hat von November bis jetzt ohne Unterbrechung 76 Eier gelegt.

Wittenberg, 27. Febr. (Selbstmordversuch.) Die achtzehnjährige Hedwig Schulze aus Bremen, die als Buchhalterin hier in Stellung war und vor etwa vier Wochen schon einmal verurteilt hatte, sich mit Opof zu vergiften, wurde gestern nachmittag gegen fünf Uhr, schwer zöfend, auf einem Stein am Cunicule-Denkmal liegend, gefunden.

Torgau, 26. Febr. (Neue Steuererhöhung.) Infolge umfangreicher Steuererhöhungen hat die Stadt Torgau in diesem Jahre einen Mehreinnahme an Steuern von rund 55 000 M. aufzubringen.

Mühlhausen, 27. Febr. (Herr Trifelt's im Stadtparlam.) Mehrere Stadterordnete haben ihr Mandat niedergelegt und laßs im Herbst aufsteigende Vertreter der dritten Abteilung wollen kein Mandat mehr annehmen.

Schneeberg, 27. Febr. (Schwere Schiffschavarie.) Dienstags früh lief ein Dampfboot der Westpreussischen Schiffschavarie in der Nähe von Westphalen mit zwei dort liegenden Passagieren zusammen.

Leipzig, 27. Febr. (Ein hohnwürdiger Selbstmord.) Nachdem er bereits viermal verurteilt wurde, hat der Arbeiter Carl A. hieselbst endlich gelungen, auf dem Boden des von ihm bewohnten Hauses seinen Leben durch Erhängen ein Ende zu machen.

Nordhausen, 27. Febr. (Hohnwürdiger Ueberfall.) Auf einer hiesigen Serbische war ein fremder Arbeiter verurteilt. Der Arbeiter Richard Gning hatte Wind davon bekommen, daß der Fremde im Besitz großer Geldmittel war.

Leipzig, 27. Febr. (Ein hohnwürdiger Selbstmord.) Nachdem er bereits viermal verurteilt wurde, hat der Arbeiter Carl A. hieselbst endlich gelungen, auf dem Boden des von ihm bewohnten Hauses seinen Leben durch Erhängen ein Ende zu machen.

Leipzig, 27. Febr. (Gutsankauf.) Nach einer dem amtlichen Protokoll zugegangenen Vorlage beabsichtigt die Staatsrentanz, das Warmische Gut in Drofa für den Kreis von 1 000 000 M. zu kaufen.

Leipzig, 27. Febr. (Wegen betrügerischen Bankrotts.) In der Schneidmühl Friedrich Gerull, der langjährige Besitzer eines Getreidemagazins, ist in Drofa für den Kreis von 1 000 000 M. zu kaufen.

Leipzig, 27. Febr. (Abrechnung eines Kadellages.) Kultusminister Halle beabsichtigt in nächster Zeit hierher zu kommen, um seinen Sohn, der hier studiert, und kurzzeit frant darniederliegt, zu besuchen.

Bermischtes.

Das Reichsbegännis des Professors von Smarck hat am Donnerstag in Kiel stattgefunden. Mittags fand in der Nikolaiskirche die Trauerfeier für Prof. von Smarck statt. Hier wohnten Prinz Heinrich, Oberpräsident von Wilam sowie die Spitzen der Marine, Garnison, Provinzial- und städtischen Behörden bei.

Zur Wüste des verstorbenen Bankhaus' Siegmund Friedberg. Die Bornunterlegung in der Angelegenheit der betrügerischen Bankrotts, Friedberg und Bohn, die wegen Verhaftung werden, läßt sich nur langsam fort, weil es sehr schwer ist, sich aus den sogenannten Geschäftsbüchern einen Ueberblick über die Lage des salitten Hauses zu verschaffen.

Die Erpresserfäre in München. Der Kommerzienrat Ludovic in München wurde vor einigen Tagen von einem Erpresser durch Drohbriefe aufgefordert, zwei Millionen Mark zu zahlen. Der Adressat übergab die Briefe der Kriminalpolizei.

Schwere Verletzung eines deutschen Künstlers. Fünfzehn Jahre Zwangsarbeit für eine Karikatur hat der Sohn einer adligen Münchener Bürgersfamilie in Russland erhalten. Der junge Künstler, der in München und Berlin die Kunstakademie mit großem Erfolge besuchte, ließ sich vor einiger Zeit in Petersburg nieder, wo er besonders als Karikaturzeichner für Witzblätter bald einen Ruf genoss.

Von Mäubern aus dem Zug geworfen. In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag wurde auf der Strecke Braunschweig-Neuzoo eine Eisenbahnkarre mit Passagierverfüß verüß. Ein Reisender, dessen Identität noch nicht festgestellt ist, wurde mit präpariertem Schnaps betäubt und dann aus dem fahrenden Zug in den Schnee geworfen.

Eine Wagne in Newpor. Die Stadt Newpor plant die Erziehung einer Wagne, die bestimmt ist, das größte, schönste und beste Totenhaus der Welt zu werden. Nicht das Vorbild der einflussreichen berühmten Pariser Wagne wird befolgt werden, ein großes festes Eisenbahnpaar wird errichtet und an architektonischer Ausstattung wird nicht gepart werden.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Hochverratsprozess Oesterreich. Leipzig, 27. Febr. Das Urteil des Reichsgerichts wurde gegen 24 Uhr verkündet. Der Angeklagte Rudolf Deitrich wurde wegen Verführung zu einem hochverräterischen Unternehmen nach 8 85 zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Pariser, 27. Febr. Eine offizielle Mitteilung über den heutigen Ministerrat besagt, daß, falls General Dumas die Befürwortung verlangen sollte, die erforderlichen Schritte schon jetzt bereitgehalten werden, damit sie ohne Bezug nach Marokko abgehen könnten.

Pariser, 27. Febr. Die Kammer verhandelte über den Entwurf des Einkommensteuergesetzes. Der Finanzminister erklärte, es sei endlich an der Zeit, die Befürwortung der Artikel des Entwurfes in Angriff zu nehmen; da die vier direkten Steuern ein Ganzes für sich bilden, sei es unmöglich, etappenweise vorzugehen.

Pariser, 27. Febr. In der Deputiertenkammer verteidigte Ministerpräsident Giolitti gegenüber dem Antrag Wislotti und Genossen den Standpunkt der Regierung. Diese dürfte es nicht dahin kommen lassen, daß die vielen Familien der Schule gegenüber eine förmliche Salbung einnehmen.

Rom, 27. Febr. In der Deputiertenkammer verteidigte Ministerpräsident Giolitti gegenüber dem Antrag Wislotti und Genossen den Standpunkt der Regierung. Diese dürfte es nicht dahin kommen lassen, daß die vielen Familien der Schule gegenüber eine förmliche Salbung einnehmen.

Berlin, 27. Febr. Der Reichsanzeiger veröffentlicht das Gesetz betreffend die Befreiung der Waisenkinder von der Vermögenssteuer.

Berlin, 27. Febr. Bei dem deutschen Postkongress fand gestern abend ein großes Bankett statt. Die Festherzöge Franz Solvator und Friedrich mit Gemahlin, mehrere Reichsminister und Generale sowie andere herortragende Persönlichkeiten am Abend.

Paris, 27. Febr. Gegenüber der Meldung, daß der Generalgouverneur von Madagaskar mit der fiduciarischen Regierung wegen Vernehmung madagassischer Beamten in den südafrikanischen Bergwerken in Verhandlung getreten sei, wird amtlich erklärt, daß der Generalgouverneur einem derartigen Plan vollständig fern liege.

Paris, 27. Febr. Gegenüber der Meldung, daß der Generalgouverneur von Madagaskar mit der fiduciarischen Regierung wegen Vernehmung madagassischer Beamten in den südafrikanischen Bergwerken in Verhandlung getreten sei, wird amtlich erklärt, daß der Generalgouverneur einem derartigen Plan vollständig fern liege.

Paris, 27. Febr. Gegenüber der Meldung, daß der Generalgouverneur von Madagaskar mit der fiduciarischen Regierung wegen Vernehmung madagassischer Beamten in den südafrikanischen Bergwerken in Verhandlung getreten sei, wird amtlich erklärt, daß der Generalgouverneur einem derartigen Plan vollständig fern liege.

Paris, 27. Febr. Gegenüber der Meldung, daß der Generalgouverneur von Madagaskar mit der fiduciarischen Regierung wegen Vernehmung madagassischer Beamten in den südafrikanischen Bergwerken in Verhandlung getreten sei, wird amtlich erklärt, daß der Generalgouverneur einem derartigen Plan vollständig fern liege.

Paris, 27. Febr. Gegenüber der Meldung, daß der Generalgouverneur von Madagaskar mit der fiduciarischen Regierung wegen Vernehmung madagassischer Beamten in den südafrikanischen Bergwerken in Verhandlung getreten sei, wird amtlich erklärt, daß der Generalgouverneur einem derartigen Plan vollständig fern liege.

